

Beilage zu Nummer 258 der Volksstimme.

Mittwoch den 3. November 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 3. November 1915.

Kriegsfürsorge der städtischen Gartenverwaltung.

Von der städtischen Gartenverwaltung wird uns geschrieben: Gleich nach Ausbruch des Krieges, im Hochsommer des vorigen Jahres, nahm auch die städtische Gartenverwaltung Veranlassung, einen Teil der Kulturländchen in den Baum- und Gärtnereien, in der Stadtgärtnerei und auf dem Südfriedhof, so weit zugänglich, für den Anbau von Gemüse herzurichten und zunächst mit Winter- und Frühjahrsgemüse zu bestellen. Nach Ablauf des Erntejahres sei nun hierüber ein kurzer Überblick gegeben. Von den vorerwähnten Betriebsflächen konnten von der Verwaltung selbst 3 1/2 Morgen zum Anbau von Gemüse in Benutzung genommen werden. Die schon ziemlich weit vorgeschrittene Jahreszeit gebot Eile. In äußerst dankenswerter Weise wurden mehrere Tausend Gemüsepflanzen von Gemüsegärtnern aus Wiesbaden und näherer Umgebung unentgeltlich zur Verfügung gestellt, sodass in kurzer Zeit sämtliche für den Anbau vorbereiteten Flächen bestellt waren. Das kleinste und jedes entbehrliche Stückchen wurde ausgenutzt, und eine reiche und mannigfache Ernte war der schöne Erfolg.

Die für die Frühjahr- und Sommerernte erforderlichen Gemüsepflanzen zog die Verwaltung abkann in Frühbeeten selbst heran. Spinat, Mangold, Kohlrabi, Möbi- rabi usw. konnten in vorzüglich entwickelter Ware geerntet werden.

Die Abteilung VI vom „Roten Kreuz“ war ständige Abnehmerin der herangezogenen Gemüse, die durch die Verwaltung an Ort und Stelle geliefert wurden. Es kamen folgende Mengen zur Ablieferung: 2100 Pfund Spinat, 1450 Pfund Mangold, 190 Pfund Winterrüben, 100 Stück Weißkohl, 550 Stück Unterföhrli, 3200 Stück Wirtungsföhrli, 4680 Stück Oberföhrli.

Nachdem die Flächen im Laufe des Winters und Frühjahr von Spinat und Mangold usw. geräumt waren, wurden zur weiteren Ausnutzung Frühkartoffeln gelegt und zwar die Sorten „Kaiserkrone“ und „Paulsens Juli“. Von diesen ist die Ernte der Sorte „Kaiserkrone“ besonders gut ausgefallen. Es wurden von 2 1/2 Morgen nach Ausfaat von 20 Zentnern Saatkartoffeln 137 Zentner der schönsten Speisekartoffeln geerntet (außerdem 10 Zentner Futterkartoffeln) und also ein etwa siebenfacher Ertrag erzielt. 1 1/2 Morgen der Frühkartoffel „Paulsens Juli“ ergaben nach Ausfaat von 15 Zentnern Saatkartoffeln 70 Zentner Ernte (außerdem 6 Zentner Futterkartoffeln); einen annähernd fünffachen Ertrag. Brachliegende Stücke in den ehemaligen Schlammbeeten am Südfriedhof waren mit Futtermöhren (Spinat-Zwischenfaat) bepflanzt, was eine Ernte von etwa 10 Zentner Möhren brachte. So ist überall dafür gesorgt worden, daß kein Land unbenutzt herumlag.

Eine weitere besondere Tätigkeit der Verwaltung bestand ferner in der Herausgabe von Gemüsepflanzen z. T. für den eigenen Bedarf, z. T. für die Abteilung VI vom „Roten Kreuz“. Zum Anbau auf den dieser Abteilung vielfach zur Verfügung gestellten Landstücken war an Gemüsepflanzen großer Bedarf. Über 100.000 Pflanzen waren daher in Frühbeeten herangezogen. — Die Arbeit des Verstopfens der Pflanzen wurde dabei z. T. von jugendlichen freiwilligen Helfern der Abteilung VI geleistet.

So sind nicht nur die sonst zum größten Teil anderen Zwecken dienenden Kulturländchen und Einrichtungen in der vorerwähnten Weise für den Gemüsebau ausgenutzt worden, auch in den städt. Anlagen wurden Teile — die großen Rasenflächen — durch Futtergewinnung nutzbar gemacht. — Aus diesem Grunde wurde, wo es möglich war, von einem regelmäßigen Grasschnitt abgesehen und Sen gemacht. Allerdings mußten hierbei die gepflegten Rasenflächen zum Teil sehr in Mitleidenschaft gezogen werden und erst mit vieler Mühe konnte nach dem Grasschnitt einigermassen wieder der frühere Zustand hergestellt werden.

Auch der Ertrag der Gärten war sehr erfreulich. Aus den hinteren Auenanlagen, aus dem Merotal, Dombachtal, Balkmühlthal und Südfriedhof konnten annähernd 400 Zentner des besten Heues eingefahren werden. Nun ist auch jetzt wieder von der Gartenverwaltung für geeignete Ausnutzung der vorhandenen Kulturländchen durch Bestellung mit Winter- und Frühjahrsgemüse usw. gesorgt und in den Kästen stehen 4000 Wirtungspflanzen für die Frühjahrseinstellung bereit.

Achtung, Wählerversammlung! Wir machen die Leser der „Volksstimme“ auf die heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende öffentliche Wählerversammlung nochmals aufmerksam. In der Versammlung wird Bericht erstattet über die Tätigkeit unserer Stadtverordneten und Stellung zu der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl genommen. Alle Interessenten sind hierzu eingeladen. Da auch die Lebensmittelfrage besprochen wird, dürfte es zu empfehlen sein, daß die Frauen unserer im Felde stehenden Genossen recht zahlreich erscheinen.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag den 5. November, nachmittags 4 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Antrag des Magistrats auf Annahme der „Friedrich-Lohmann-Stiftung“. 2. Antrag des Magistrats auf Annahme des Vermächtnisses der Frau Richard Koll, Witwe des verstorbenen Majors Koll. 3. Mitteilung bezüglich der Stiftung des Dr. Richard Fleischer zum Siedenheim. 4. Vornahme der Magistrats-Ergänzungs- wahlen. 5. Vorlage über die Ausführung von Notstands- arbeiten. Ver. Bau-A. 6. Fluglinienplan über die Abänderung des Fuhrwegs zwischen der Karstraße und den Walf- mühlthalanlagen. Ver. Bau-A. 7. Fluglinienplan über die Abänderung des Sänftwegs. Ver. Bau-A. 8. Antrag auf Erhöhung der Kinderzulage für Beamte und Hilfs- arbeiter. Ver. Fin.-A. 9. Antrag auf Erhöhung eines Beitrages von 1000 Mark an den Wiesbadener Kriegerverein. Ver. Fin.-A. 11. Bewilligung von 500 Mark an das Garnison-Bataillon Soldaten für Errichtung der dafelbst befindlichen Gräber ge- fallenen Krieger. Ver. Fin.-A. 12. Unentgeltliche Rücküber- tragung einer Grundfläche an der Riefelstraße an das

Rechtsamt. Ver. Fin.-A. 13. Wahl der Beisitzer für die Vorstände bei den im November 1. N. stattfindenden Stadt- verordnetenwahlen. Ver. Bau-A. 14. Neuwahl von Mit- gliedern der Einkommensteuer-Veranlagungskommission. Ver. Bau-A. 15. Mitteilungen des Magistrats über Lebens- mittelbeschaffung. 16. Neuwahl eines Armenpflegers für das 2. Quartier im 7. Armenbezirk, sowie einer Armen- und Waisenpflegerin für den 8. Armenbezirk.

Feuerbestattungen. Im Oktober wurden 30 Personen aus Wiesbaden durch Feuer bestattet, darunter 12 im hiesigen, 8 im Wälder Krematorium. Von den vier Eingekerkerten waren 8 männlichen, 4 weiblichen Geschlechts, 10 evangelisch, 1 katholisch und 1 Jude.

Das Brotverteilungsamt weist wiederholt darauf hin, daß, soweit es der Ausgabestelle möglich ist, in besonderen Fällen Mehlmarken für Brotmarken eingetauscht oder auch als Zusatzmarken benutzt werden können.

Kleinverkaufspreise.

Die nach der heutigen Marktlage im Sinne des Ziffer 3 der Verordnung des stellvertretenden Generalkommandos 18. Armee-Korps vom 20. Juli 1915 für mittlere bis gute Ware als angemessen gelten. Für Milch- beeren, Treibhaus- und Spalterware sind die Preise nicht maßgebend. Kartoffeln und Gemüse: das Pfund: Speisekartoffeln 4 Pf., Salatkartoffeln 10—12 Pf., Weißkohl 7 Pf., das Stück 15 bis 40 Pf., Wirtung 12 Pf., das Stück 10—35 Pf., Rotkraut 12 Pf., das Stück 20—40 Pf., Römischkohl 10—12 Pf., Rosenkohl 35 Pf., Winterrüben (Blaukraut) 12—15 Pf., Kohlrabi (oberirdisch), das Stück 5—8 Pf., Erdkohl (Siedrüben) das Stück 15—25 Pf., Spinat 10—12 Pf., Gelbe Rüben 10 Pf., Karotten 15—18 Pf., (Siedrüben) 5—6 Pf., Rote Rüben 10 Pf., Weiße Rüben 12—15 Pf., Schwarzwurzeln 35 Pf., Topfbohnen, das Stück 5—8 Pf., Eschschöl- feld, das Stück 10—15 Pf., Fenchel 30—35 Pf., Zwiebeln 25 Pf.

Obst: das Pfund: Äpfel, bessere Sorte 20—25 Pf., Äpfel, mittlere Sorte 16—18 Pf., Äpfel, schlechte 8—12 Pf., Birnen, bessere Sorte 15—20 Pf., Birnen, mittlere Sorte 10—15 Pf., Birnen, schlechte 5—10 Pf., Walnüsse 60 Pf., Weintrauben 70 Pf., Kastanien 12—25 Pf.

Sonstige Waren: Süßrahmbutter, das Pfund 240 Pf., Landbutter 210 Pf., Handkäse, das Stück 6—10 Pf.

Wiesbaden, den 2. November 1915.

Stadt. Marktwirtschaft.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-G.-B. „Freundschaft“. Mittwoch Probe für Männer- und Frauenchor.

Wiesbaden. A.-G.-B. „Vorwärts“. Mittwoch abend 1/2 Uhr Ge- sangprobe.

Aus den umliegenden Kreisen.

Anträge von Hinterbliebenen von vermissten Kriegsteilnehmern.

Nach § 1253 der Reichsversicherungsordnung wird länger als ein Jahr rückwärts, vom Eingange des Antrages gerech- net, keine Rente gezahlt, auch verfallt nach § 1300 a. a. O. der Anspruch auf Witwenrente, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Ehepartners geltend gemacht wor- den ist.

Da im gegenwärtigen Kriege der Nachweis des Todes eines Versicherten nicht immer mit Bestimmtheit erbracht werden kann, gemäß § 1265 a. a. O. ein Versicherter aber erst dann als verstorben gilt, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind und die Umstände seinen Tod wahrscheinlich machen, so ist es für die Hinterbliebenen solcher Vermissten zur Vermeidung von Nach- teilen dringend empfehlenswert, daß sie ihre Ansprüche auf die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung alsbald an- melden. Auf diese Weise bleiben die Antragsteller vor etwaigen Nachteilen, die ihnen aus den Bestimmungen der §§ 1253 und 1300 a. a. O. erwachsen können, verschont.

Nach einer Entscheidung des Rentenausschusses Berlin sind Angehörige, die der Angestelltenversicherung angehören, auch während ihrer Einziehung zum Kriegsdienste, falls ihnen oder ihren Angehörigen zum mindesten ein Teil ihrer bis- herigen Bezüge fortgezahlt wird und das Dienstverhältnis fortbesteht, also weder durch gegenseitige Vereinbarung noch durch Kündigung aufgehoben worden ist, versicherungsp- flichtig.

Bad Homburg v. d. A., 2. Nov. (Stadtverord- nungsabteilung.) Die öffentliche Sitzung beschäftigte sich zunächst mit der Mandatsniederlegung des zurzeit im Felde stehenden Stadtv. H. J. Von einer Beschlußfassung sah man ab, da erst die Rückkehr H. J. abgewartet werden soll. — Der Firma Gebr. Stiesmayer wurde die Unterhaltung des Kaiser- Wilhelm-Portes weiterhin mit der Mahke übertragen, daß für die Arbeiten nur heimische Arbeiter, wenn möglich Kriegs- gebliebene, verwendet werden sollen. — Den Entwurf einer Markordnung und einer Geschäftsordnung für die städtischen historischen Sammlungen stimmte man zu. — Für das Armen- wesen bewilligte die Sitzung weitere 2000 Mark, für den Wasserverbrauch des Brunnens 500 Mark und für die Aufstellung einer Schutzhütte in den Auenanlagen 300 Mark. — Nach dem bisherigen Vertrag zahlt Theaterdirektor Steffert für jede Vorstellung im Theater 155 Mark. In Anbetracht des Krieges wird die Summe auf 80 Mark ermäßigt, wenn die Einnahmen geringer als 300 Mark sind; bei einer Ein- nahme von 300 bis 500 Mark ist ein Drittel zu entrichten, bei mehr als 500 Mark der sonstige Preis von 155 Mark. — Die Kurkostenrechnung von 1913 schließt bei 925 062 Mark Einnahmen mit einem Fehlbetrag von 8205 Mark ab, die von 1914 erbringt bei einer Einnahme von 553 079 Mark einen Ueberschuß von 35 808 Mark. Die Pensionen des Kurorchesters schließt für 1913 mit 3604 Mark Einnahmen und Ausgaben ab. — Für die Einrichtung einer städtischen Ver- kaufsstelle bewilligte man 700 Mark. — Bei der Besprechung der Höchstpreise bemängelte ein Stadtverordneter den un- angemessen hohen Preis des Kartoffelmehl gegenüber den anderen Städten. — Ein Antrag der Päder um Erhöhung der Brot- preise von 55 auf 58 bis 59 Pfennig wurde abgelehnt. — Die Einrichtung einer Preisprüfstelle für Lebensmittel wurde beschlossen. In den Ausschuss wählte man außer dem Lebens- mittelamt auch sechs weitere Bürger.

Bad Homburg v. d. A., 3. Nov. (Butterpreise nach dem Steuerzettel.) Seit heute früh verkauft die Stadt gute hand- liche Weizenbutter zu Preisen, die nach dem Einkommen des

Käufers gestaffelt sind. Ortsbewohner mit einer Staatseinkommen- steuer bis zu 31 Mark bezahlen für das Pfund Butter 1.00 Mark, solche mit einem Steuerjahre von 31 bis 70 Mark zahlen 2.00 Mark, alle sonstigen Bewohner erhalten die Butter für 2.40 Mark das Pfund. Auch der Verkauf von Fett ist nach den gleichen Grund- und Steuerjahren geregelt. Hier kostet das Pfund 1.40, 1.70 oder 2 Mark.

Bad Homburg, 3. Nov. (Zur Stadtkonferenz.) Für die am 8. November stattfindende Stadtverord- netenwahl konnte mit den bürgerlichen Parteien keine Ein- gung erzielt werden. So wird der Burtsrieden von bürger- licher Seite aufgegeben.

Bad Homburg v. d. A., 3. Nov. (Selbstmord.) Am Dien- stag nachmittag machte der aus dem Felde zurückgekehrte Ausfüh- rer eines Diebstahls am Tage seiner vor acht Tagen verstorbenen Frau einen Selbstmordversuch. Schwerverletzt wurde er ins Krankenhaus verbracht.

Unterlindbach, 3. Nov. (Billige Hülfsnahrung.) Die hiesige Gemeindeverwaltung hat für die minderbemittelte Bevölke- rung Hülfsnahrung beschafft, die am Donnerstag den 4. November erstmalig im Rathaus, Zimmer 4, von nachmittags 3 bis 6 Uhr zum Verkauf gebracht werden. Es kosten das Pfund Speisebohnen 47 Pfennig, grüne Erbsen mit Schale 45 Pfennig. Mehr wie drei Pfund werden jedoch an die einzelnen Familien nicht abgegeben.

Homburg, 3. Nov. (Der erste fleischlose Tag.) Laut Ver- einbarung des Bundesrats dürfen Dienstage und Freitage Fleisch, Fleischwaren und Speisen, die ganz oder teilweise aus Fleisch be- stehen, nicht gewerbmäßig an Verbraucher vertrieben werden. In Wohnstätten, Schulen und Speisemaischaften, sowie in Vereinen und Erziehungsinstitutionen dürfen 1. Montags und Donnerstags Fleisch, Wild, Geflügel, Fisch und sonstige Speisen, die mit Fett oder Speck gebraten, gebacken oder gekocht sind, sowie gekochtes Fett und 2. Samstags Schweinefleisch nicht vertrieben werden. Gestattet bleibt die Verabfolgung des nach Nr. 1 oder 2 verbotenen Fleisches als Aufschnitt auf Brot. Als Fleisch im Sinne dieser Verordnung gilt Rind-, Kalb-, Schaf- und Schweinefleisch, sowie Fleisch von Ge- flügel und Wild aller Art. Als Fleischwaren gelten Fleischkonserven, Würste aller Art und Speck. Als Fett gilt Butter und Butterschmalz, Öl, Kunstschokolade aller Art, Butter, Schaf- und Schweine- fett. An Orten, wo es behördlich bereits verordnet worden, be- sondern auf diese Verfügung aufmerksam zu machen; infolgedessen war gestern noch eine größere Anzahl Metzgerläden geöffnet. Auch auf dem Wochenmarkt hielten einige auswärtige Metzger Fleisch- waren feil. Hier wurde der Verkauf von Fleischwaren durch die Behörde untersagt, allerdings aus der Verkauf von Fett und Butter. Unseres Erachtens handelt es sich hierbei um eine irtümliche Aus- legung der Bundesratsverordnung; der gewerbmäßige Verkauf von Butter fällt nicht unter obige Verfügung.

Offenbach, 3. Nov. (Selbstmord.) Gestern hat sich der aus dem Felde zurückgekehrte, in den letzten Jahren stehende städtische Vize Wiesbach auf seinem gemieteten Grundstück erschossen. Der Verstorbenen sollte heute zum Militär einziehen.

Kirchen a. d. Sieg, 2. Nov. (Vom Petroleumausschlag.) Der Vorstand des Kreises Altenkirchen hat verfügt, daß nur solche kreisangehörige Petroleum erhalten dürfen, die keine Gefahrleucht- tung (Gas, elektrisches Licht usw.) besitzen, und auch nur gegen eine vom Bürgermeisteramt mit Dienstföhrli verbriefene Verheirathung. Ferner darf für den Zeitraum von einer Woche nicht mehr als ein halber Liter pro Familie abgegeben werden.

Siedenheim, 2. Nov. (Butterpreise.) Durch festgesetzte Höchstpreise dürfen die Produzenten nicht mehr wie 2.10 Mark für Kollereibutter und 1.80 Mark für Landbutter nehmen.

Wetzlar, 2. Nov. (Unterrichtsanstellung.) Die hiesige Landwirtschafliche Winterkurse wird dieses Jahr nicht eröffnet, da der Krieg keine genügende Schülerzahl aufkommen ließ. — (W e i h- leant.) Die Stadt hat den Verkauf des von ihr bezogenen Weiz- korns dem Gemüschhändler Jakob Koh, Entengasse, übertragen. Der Zentner kostet 7 Mark. Das ist ein äußerst hoher Preis, wenn man in Betracht zieht, daß im nahen Dillenburg das gleiche Quan- tum noch vor einigen Tagen für 4.50 Mark und in Siechen durch den dortigen Konsumverein gestern noch für 4.50 Mark offeriert wurde. Beißt der Stadt Wetzlar der richtige Einkäufer, oder sollen Heberschiffe gemacht werden?

Dillenburg, 2. Nov. (Höchstpreis.) Seit 1. November ist für den gesamten Dillkreis der Höchstpreis für Kartoffeln auf 3.05 Mark festgesetzt worden. Wo bleiben solche Maßnahmen für den Kreis Wetzlar?

Aus Frankfurt a. M.

Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung.

Frankfurt a. M., 2. November.

Vorsitzender: Dr. Friedleben.

Die in der letzten Sitzung vertagte Erörterung der Frage der Errichtung eines städtischen

Stellennachweises für kaufmännische Angestellte

wird fortgesetzt.

Erster (Fortsch. Rpt.) widerspricht der von einigen Vertretern vertretenen Auffassung, als handele es sich um große Gruppen von Berufsangehörigen, die den städtischen Nachweis wünschen. In Berlin habe man ihn von der Stadt abgelehnt, der Deutsche Han- delstag und die Frankfurter Handelskammer hätten sich ebenfalls gegen kommunale Stellenvermittlungen für Kaufleute ausgespro- chen. Jedenfalls sei es merkwürdig, daß die Stadt einem Glande gegen seinen Willen Wohlthaten aufzwingen will. Im ganzen kauf- männischen Berufe herrsche die Auffassung, daß Selbsthilfe vorzu- ziehen sei. Er empfehle Ablehnung der Vorlage. Bei deren An- nahme jedoch bitte er, zu beschließen, daß die Einschreibgebühren fallen.

Dr. Quard (Soz.) findet im Widerspruch Eilers weiter nichts als den Kampf einer alten kaufmännischen Schicht gegen jüngere Elemente, die sich in weniger gut bezahlten Stellungen befinden und unter der sozialen Rückständigkeit der Prinzipale arg zu leiden haben. Es ist auffällig, daß die sogenannten handwerklichen Or- ganisationen noch konservativ sind und diesen Zustand nicht ten- nen. Nur um diese Leute handelt es sich, die bis jetzt noch auf recht wilde Art ihre Stellen suchen müssen. Wenn Berlin und der Handelstag städtische Stellennachweise ablehnen, so ist das bei dem mangelhaften Standpunkte dieser Kreise nicht verwunder- lich. Liebe zur sozialen Gerechtigkeit kennen sie nicht. Richter wünscht, die Stadt möge endlich selbst dazu übergehen, Personal für die städtischen Ämter auf dem eigenen Arbeitsnachweise zu beziehen.

Rebel (Fortsch. Rpt.) weist darauf hin, daß das Urteil der Handelskammer kein Evangelium ist. Er schlägt vor, daß der Kom- tagebots und ihrer Erweiterung habe sie sich später doch damit abgeben.

Oberrürgermeister Voigt erklärt, alle städtischen Ämter seien angewiesen, bei Bedarf und in geeigneten Fällen die kommunale Arbeitsvermittlungsinstitution in Anspruch zu nehmen, wenn keine ge- wöhnlichen Vorhanden sind. Die neue Nachweise für Kaufleute

folle nicht allein ergänzen, sondern gemeinsam mit den bestehenden Vermittlungen arbeiten.

Nach weiteren Ausführungen von Nais (natl.), Balger und Ehlers (Fortfchr. Bpt.) betont Dr. Quard (Soz.) nochmals, die Frage der sozialen Gerechtigkeit sei keine Heringsfrage. Die Leute sind da, und für sie muß gesorgt werden. Ihr Vorhandensein ist auch ein wirtschaftliches Bedürfnis. Sie sollen weiter auszubilden, sei eine andere Frage. Das könne in Fortbildungsschulen geschehen. Die Benutzung der städtischen Arbeitsvermittlungstelle für die kommunalen Ämter müsse ohne Einschränkung erfolgen.

Im Schlußwort polemisiert der Berichterstatter René (Fortfchr. Bpt.) gegen Ehlers, dem er den Vorwurf macht, daß er in den meisten Sitzungen des Ausschusses gefehlt habe, oder zu spät gekommen sei. Ferner macht er ihn für einen Artikel verantwortlich, der in einer Zeitung gegen die Vorlage veröffentlicht worden sei.

Der Vorlage wird mit der von Ehlers beantragten Abänderung fast einstimmig zugestimmt.

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Ehlers (Fortfchr. Bpt.), daß er dem Einspruch fernstehe. Der Berichterstatter nimmt darauf die fälschliche Beschuldigung zurück. (Heiterkeit.)

Die Zukunft der städtischen Theater.

Zur Beratung liegen die bereits veröffentlichten Anträge der Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei und von Lion und Hietzmann.

In der Begründung des ersten Antrages betont Dr. Brud (Fortfchr. Bpt.), er bezweifle nicht, daß die Theaterfrage zu sagen, daß es die höchste Zeit sei, eine Theaterfrage der Stadtverordneten zu geben zu lassen. Die Theaterfrage geht nicht allein uns an, sie berührt die Öffentlichkeit, denn sie ist von wichtiger kultureller Bedeutung, und die Öffentlichkeit soll so früh wie möglich unterrichtet, sie darf in den Kriegsjahren nicht ausgeschlossen werden. Was den Betrieb anlangt, so gibt es drei Möglichkeiten: die Verstaatlichung, die Verpachtung und den sogenannten gemischten Betrieb. Der Redner erachtet den Magistrat, nach diesen drei Systemen sorgfältig vorbereitete Vorlagen vorzulegen. In der Auswahl werden dann die Stadtverordneten Stellung nehmen können. Die Anträge müssen aber so früh kommen, daß sich auch die Öffentlichkeit damit beschäftigen kann.

Oberbürgermeister Boist erklärt, der Magistrat sei weit davon entfernt, ohne die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit irgend etwas in der Theaterfrage zu tun. Durch den Krieg habe sie eine Störung erfahren; man müsse aber doch Stellung zu ihr nehmen. Der 31. Oktober 1915 dürfte ruhig verteidigt, da man sich darüber klar war, daß eine Verlängerung ohne Veränderung des Vertrages unmöglich war. Er gab der Sitzung Ausdruck, daß die Verhandlungen dem Magistrat ermöglichen werden, bis Ende des Jahres einen Vorschlag zu machen. Das Material werde der Stadtverordnetenversammlung zugehen, und man werde es später auch zu veröffentlichen. In einer Stadtverordnetenversammlung könne aber die Sache nicht erledigt werden. Der Magistrat werde bei seinem Entschluß nicht nur das finanzielle, sondern vor allem das künstlerische Moment berücksichtigen.

Lion (natl.) zieht mit Rücksicht auf die Erklärung des Magistrats seinen Antrag vorerst zurück, behält sich aber vor, später auf ihn zurückzukommen.

Hietzmann (Soz.) erklärt, die Zurückziehung des von ihm mitgebrachten Antrages sei selbstverständlich nicht ein Verzicht auf ihn. Bei der Erörterung der in Aussicht gestellten Vorlage des Magistrats werde er in der Öffentlichkeit alles sagen, was notwendig ist.

Müller (Fortfchr. Bpt.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen einen in der „Frankf. Ztg.“ in der Theaterfrage erschienenen Artikel. Den Theaterbetrieb nannte er die „Miserie unserer Zeit“. Das Publikum sei für das Theater mahnend. Der Redner könne darauf bestehen, daß die Presse vor jeder Aufführung die Vorzüge eines Stückes eingehend würdige. Der Leiter eines Theaters müsse eine vielseitige Persönlichkeit sein. Das Frankfurter Schauspielhaus sei nicht der geeignete Raum für eine moderne Kunst; es müsse eine Umgestaltung erfolgen. Die Privatbühnen bedeuten die moderne Theaterkultur. Die Verstaatlichung werde von Schauspielern nicht aus künstlerischen, sondern aus sozialen Gründen protegiert, um eine gewisse Existenzsicherheit zu haben. Die haben gegen die Staats müssen eine Befriedigung erfahren. Rolle der Schauspieler Beamter werden, dann müsse er sich auch dem Bezahlungsdienst fügen. Es entspreche aber nicht dem Wesen des Künstlers, als Beamter zu fungieren. In einer Verstaatlichung liege nicht ohne weiteres das Heil des Theaters.

Im Schlußwort wünscht Dr. Brud (Fortfchr. Bpt.), aus dem Kampf der Meinungen, der nicht von politischen Parteien geführt werde, sondern von künstlerischen Ansichten diktiert sei, möge die Theaterfrage so hervorgehen, daß Frankfurt den Ruf einer Kunststadt wieder erlange.

Dem Antrag Brud wurde zugestimmt.

500 000 Mark Theatersubvention.

Der Aufsichtsrat der Reuen Theater-Aktiengesellschaft wünscht bis zum Ablauf des Vertrags die Fortzahlung der jährlichen Subvention in Höhe von 500 000 Mark.

Lion (natl.) regt hierzu an, die nicht verbrauchte Theatersubvention möge den Künstlern zugute kommen, die eine Kürzung der Einkünfte erfahren haben.

Dr. Quard (Soz.) wünscht, daß bei der Erhöhung der Spielgelder zunächst an die Künstler gedacht wird, die während des Krieges schlechter gestellt sind.

Dr. Friebeben als Vorsitzender des Aufsichtsrates sagt Verurteilung der Anregungen zu. In diesem Jahre aber werde schwerlich etwas praktisches dabei herauskommen.

Die Frage der Subvention hat der Finanzausschuß zu prüfen.

Magistratsvorlagen.

Bei der Wahl von Mitgliedern in verschiedene städtische Ämter regt Dr. Quard (Soz.) an, man möge endlich auch mehr Frauen für diese Stellen berücksichtigen; insbesondere in den Stiftungen sollten sie stärker vertreten sein.

Kupp (Fortfchr. Bpt.) meint, das Gemeindeverfassungsgesetz lasse die Wahl von Frauen in diese Ämter nicht zu.

An Ausgaben werden ohne Debatte bewilligt: Für den deutschen Hilfsausfluß für das rote Kreuz in Bulgarien 5000 Mark. Für Kriegsausgaben weitere fünf Millionen Mark. Für Ausgestaltung des Rinderheims Wolfsmünster 7000 Mark.

Zur Fett- und Fleischnot

liegt ein dringlicher Antrag von Goll (Fortfchr. Bpt.) vor, der eine Verbesserung in der Organisation zur Lebensmittelversorgung verlangt.

Der Antragsteller bemängelt in der Begründung die nicht sachgemäße Zusammensetzung der Preisprüfungsstelle. Eine bestimmte Anzahl von Leuten muß mit Lebensmitteln. Da muß die Preisprüfungsstelle eingreifen. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Die Fettfrage a. B. ist dringlich. Die Regier. müssen das Fett an die Fettmilchwerke abliefern, sie erhalten nur einen kleinen Teil zurück. Für die Milchbänder werden geradezu Höchstpreise verlangt. Da Kilo, das früher zu industriellen Zwecken für 50 Pfennig verkauft wurde, kostet jetzt 3,00 Mark. Der Regier. hat das Recht, bis 70 Prozent von der Sämische zurückzubehalten. Verlangen kann man das schon, aber man bekommt es nicht. Eine neue Bewegung ist bereits zur weiteren Verteuerung des Fetts im Gange. Wegen des Aufschlags des Schweinefettes haben sich auch einige Regier. geweigert. Der Magistrat ist verpflichtet, einzugreifen, damit die Bevölkerung Fett bekommt, einzel, ob er den einen oder anderen dabei vor den Kopf stoßt. Bei der Kartoffelverteilung sind insbesondere in den Augenbezirken mehr Verkaufsstellen notwendig.

Stadttrat Dr. Köhler äußerte sich über die Fettknappheit. Seit dem 11. Mai hätten die Regier. kein Fett mehr aus der Fettmilchwerke erhalten. (Zuruf: Wo ist's denn hingelommen?) Die Stadt hat getan, was sie konnte. Sie wird demnächst ein größeres Quantum Speck zum Verkauf bringen. Sobald ein größerer Kar-

toffelvorrat eingetroffen ist, sollen noch mehr Verkaufsstellen errichtet werden. Die Lebensmittelkommission soll als Preisprüfungsstelle eingesetzt werden. Sie habe die Zusammensetzung, die von einer solchen Stelle verlangt werde. Eine Erweiterung der Lebensmittelkommission ist in Aussicht genommen. Die Preisprüfungsstelle errichtet eine Geschäftsstelle mit 6 Mitgliedern, die bereits Betriebsaufnahme beschaffen hat. Es gehören dazu Lokaltäten und Beamte, die bei den heutigen Verhältnissen nicht sofort zu beschaffen sind.

Nais (Natl.) meint, die Regier. hätten schon lange kein Fett mehr nach auswärts geliefert.

Hietzmann (Soz.) verlangt eine lückenlose Organisation in der städtischen Lebensmittelverteilung. Alle moralischen Warnungen an gewisse Schichten der Gewerbetreibenden haben vollständig versagt. Mit eiserner Faust muß jetzt zugegriffen und von den Produzenten verlangt werden, daß sie die Lebensmittel abgeben; sonst wird der Hunger nicht beseitigt. Ferner muß versucht werden, mehr städtische Verkaufsstellen mit Obst, Gemüse, Kartoffeln und Fett einzurichten, um insbesondere auch in den Augenbezirken die Preise zu beeinflussen. Ungeheuerlich ist es geradezu, was man jetzt der Bevölkerung zumutet, nicht allein in Frankfurt. Für große Dinge kann die Stadt die Verantwortung nicht übernehmen, kleine Fehler aber müssen vermieden werden. Nur durch städtische Verkaufsstellen kann dem Hunger wirkungsvoll begegnet werden.

Goll (Soz.) verlangt, daß ein besoldeter Stadtrat an die Spitze der Lebensmittelkommission gestellt wird. Bei voller Anerkennung der Tätigkeit des Stadtrats Dr. Köhler müsse doch gesagt werden, daß im Nebenamt der Posten nicht richtig versehen werden könne. Ferner müssen Fett- und Fleischkarten eingeführt werden; die armen Leute bekommen sonst kein Fett, es können noch so viel fleischlose Tage eingeführt werden. Die reichen Leute kaufen sich Schinken, sie halten es ohne Fleischkarten aus.

Oberbürgermeister Boist erklärte sich gegen die Fettkarte, da man keine Ueberfahrt über die Fettvorräte habe. Was an Kaufleuten zu haben sei, sei von Stadtrat Dr. Köhler herangezogen worden. Dieser arbeite genau so viel, wie ein besoldeter Stadtrat und sei nicht zu ersetzen. Lediglich werde er von dem besoldeten Stadtrat Nachschuß unterstellt.

Hietzmann (Soz.) wünscht eine stärkere Kontrolle. Die städtische Bevölkerung sammelt zwar die Küchenabfälle für die Landwirte, die Stadt hat aber keinen Einfluß, wohin das damit gemästete Vieh verkauft wird. Deutlicher und Gefrierfleisch ist an Strafe verkauft, für die es nicht bestimmt war. Viele Regier. nehmen das ihnen zustehende Fett nicht, damit sie dem Ansturm des Publikums nicht ausgesetzt sind.

Goll (Fortfchr. Bpt.) bleibt im Schlußwort bei seiner Behauptung, daß noch viel Fett zu Wasserpreisen nach auswärts verkauft wird. — Sein Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 1/2 Uhr.

Ein Gründungschwindel.

Polizeiamtlich wird uns geschrieben:

Der Garteningenieur August Christ von Homburg v. d. H., wohnhaft in Bonmersheim, Kreis Homburg, hat mit drei anderen Personen im Juli d. J. einen sogenannten Verband zur „Abwehr feindlicher Handelsangriffe und zur Förderung des Deutschlands“ gegründet mit dem stolzen Namen „Deutsche Macht“. Der sogenannte „Verband“ ist nach den polizeilichen Feststellungen ganz nach dem Muster der bekannten Erwerbsgesellschaften unter dem Deckmantel sozialer Wohlfahrtspflege eingerichtet. Es werden Reklamationsstellen mit vaterländischen Emblemen, schön ausgeführten Kopfleisten, „Telegrammadressen“, „II. Geschäftsstelle in Oberursel“, „Abteilung für Werbetätigkeit“, mit den Namen von bekannten Führern usw. als „Ehrenmitglieder“ und einem Schwall von proklamerischen Redensarten versehen. Listen mit angeblich gezahlten Beiträgen beigelegt und zum Beitritt oder zur Zahlung von Beiträgen aufgefordert. Daneben wird ein schwunghafter Handel mit bunten Albenmarken getrieben mit der Aufschrift: „Deutsche in aller Welt, niemals wieder verdrängt englische usw. Erzeugnisse, denkt an 1914!“

Den Verbandsmitgliedern wird die Propaganda für ihre eigenen Erzeugnisse überlassen, der Verband liefert ihnen nur Auftrags- und Reklamemarken, die die Mitglieder unter Anpreisung ihrer Ware selber zu versenden haben.

Die polizeilichen Feststellungen haben ergeben, daß die sogenannten „Ehrenmitglieder“ durch Ueberumpelung erworben worden sind, indem die vier Gründer einfach eines Tages eine „Verbandsitzung“ abgehalten und bedeutende Männer mit zugkräftigen Namen als „Ehrenmitglieder“, „ernannt“, die ernannten dann benachrichtigt haben. Die meisten der Ernannten haben ja abgelehnt, es sind aber noch einige geblieben, die in Unkenntnis der Sachlage die „Ehrenmitgliedschaft“ angenommen haben: Ihre Namen drangen jetzt als Lockbait auf den Reklamefristen des „Verbandes“.

Daß die in den Verbandslisten als „gezeichnete einmalige Beiträge“ figurierenden Summen tatsächlich gezeichnet sind, hat Christ nicht genügend nachweisen können. Es besteht der Verdacht, daß die Zeichnungen fingiert sind und ist daher ein Strafverfolgungsverfahren eingeleitet worden. Die Mitglieder haben inzwischen auch deutlich begonnen, von Christ wieder abzurufen.

Der „Verband“ ist nichts als ein Erwerbsgeschäft eines Spekulanten unter dem Deckmantel der Wohlfahrtspflege — ein alter Trick unter neuer Aufmachung —; das Publikum soll die Sache bezahlen. Die Erreichung der vorgedachten Ziele ist Nebensache.

Die Kriminalpolizei bittet um gefällige Mitteilung, was über das Treiben des „Verbandes“ bekannt geworden ist unter Einbindung der vorhandenen Belege und um fortgesetzte Weiterverbreitung in der Presse, damit das Publikum gewarnt wird.

Höchstpreise für Kartoffeln. Endlich sind nun auch für Frankfurt Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt. Zum Höchstpreis von 3,05 Mark pro Zentner kommt ein Händleraufschlag von 1 Mark, so daß der Höchstpreis 4,05 Mark beträgt. Ueber diesen Preis darf kein Händler und Bauer Kartoffeln verkaufen, und kein Käufer soll mehr als 4,05 Mark bezahlen. Dieser Höchstpreis gilt für alle Sorten Kartoffeln. Die Bauern tun also gut daran, ihre Kartoffeln so rasch als möglich an den Markt zu bringen, da ein längerer Aufbewahrung keinerlei Vorteile, sondern nur Nachteile für sie bringt. Mit der Spekulation ist's jetzt vorbei.

Leichenfund. Am Noten Hamm wurde gestern nachmittag durch Soldaten die Leiche eines jungen Mädchens aus dem Main geborgen, nachdem man kurz zuvor im Ufergebüsch einen Damenhut, ein Taschentuch und andere Sachen gefunden hatte. Die Leiche wurde als ein Fräulein Stord aus Griesheim festgestellt. Ein nervöses Weiden hat das junge Mädchen in den Tod getrieben.

Ein unerwünschtes Zusammenreffen. Ein hiesiges junges Mädchen, das wegen allerlei Unbilden von seiner Herrschaft in Griesheim entlassen war, versuchte sich auf Kosten der früheren Herrschaft fernerhin zu bereichern. Es erschien in einem Griesheimer Geschäft und kaufte tapfer auf den Namen des Dienstherrn los. Zufällig erschien der frühere

Herr im Geschäft und mußte Zeuge sein, wie das Mädchen auf seinen Namen betrog. Die Ueberraschung war für beide Teile nicht gering. Die junge Betrügerin wurde verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Abonnentin C. Diese Brennspritzenapparate erhalten Sie in jedem größeren Lampengeschäft.

K. M. Wenn Sie schon Kohlen im Keller haben, bekommen Sie das Geld in bar ausgezahlt.

K. B. Na.

G. W. Von 20 000 Mark an.

Deutschland und Dänemark.

Genosse Stauning, der Geschäftsführer der dänischen Sozialdemokratie, veröffentlicht in Kopenhagen „Socialdemokraten“ eine Unterredung, die er in Berlin mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann hatte. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber aus Kopenhagen telegraphisch gemeldet:

Zimmermanns Ausführungen bewiesen viel Verständnis für Dänemarks äußere Politik während des Krieges. Seiner Ansicht nach hat die gegenwärtige Regierung eine selbständige dänische Politik getrieben und eine durchaus korrekte neutrale Haltung eingenommen. Der Unterstaatssekretär sprach seine Anerkennung für das Verhalten des dänischen Volkes unter schwierigen Verhältnissen aus und war überzeugt, daß dies Verhalten allseitig gewürdigt werden müsse. Auch die dänische Handelspolitik sei ihm durchaus verständlich. Natürlich könne er sich nicht darüber aussprechen, wie die ökonomischen Verhältnisse sich nach dem Kriege gestalten würden, jedenfalls werde es aber in Deutschland nicht an gutem Willen Dänemark gegenüber fehlen, und sollten auf bestimmten Gebieten Erleichterungen angestrebt werden, so werde man solche herbeiführen. Stauning wies auf die langjährige dänische Missetimmung wegen der Lage der nordisch-schwedischen Bevölkerung hin. Zudem er betonte, daß es sich dabei um eine preussische Angelegenheit handelte, ließ Unterstaatssekretär Zimmermann Staunings Auffassung gelten, daß hier eine veränderte Situation vorliege. Die von der nordisch-schwedischen Bevölkerung hin. Zudem er betonte, wiewiese Leere werde natürlich harte Wirkung ausüben, so daß im Laufe der Zeit die alten Verfassungen verschwinden würden.

Was das Auftreten der Regierung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie betrifft, wies der Unterstaatssekretär auf die Aussprüche des Kaisers und des Reichskanzlers hin und fügte als seine persönliche Auffassung hinzu, daß für ein positives Zusammenarbeiten nach dem Kriege günstige Aussichten bestünden. Politische Kämpfe würden natürlich wieder stattfinden, aber die harte Zeit habe das Volk zur Arbeit für gemeinsame Ziele zusammengeführt, und dieses Verhältnis wünsche die Regierung auch nach dem Kriege nicht zu ändern.

Stauning betonte schließlich die Friedenssehnsucht der neutralen Länder und hoffe, daß Deutschland etwaige Vorbereitungsversuche zum Frieden mit Wohlwollen aufnehmen und nicht — wie nach seiner Presse zu urteilen — wie andere Länder ablehnen würde. Der Unterstaatssekretär erwiderte: Sobald vernünftige Vorschläge gemacht würden, seien das deutsche Volk und die deutsche Regierung bereit, sie wohlwollender Erwägung zu unterwerfen, aber von Deutschland könnten Vorschläge nicht ausgehen. Dies würde von den Gegnern als Schwäche gedeutet und das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielen. „Deutschland hat den Krieg nicht gesucht, der deutsche Kaiser und die deutsche Regierung haben bis zuletzt intensiv an der Erhaltung des Friedens gearbeitet, um die Menschheit vor dem furchtbaren, jetzt über die Welt gehenden Krieg zu bewahren.“

Neues aus aller Welt.

Ward im Polizeibureau. Als Dienstag nachmittag der Polizeibeamte Ruedede im Bureau des Elberfelder Polizeigefängnisses zwei Einbrecher vernahm, die in Essen 1100 Mark gestohlen hatten, feierte plötzlich einer der beiden Verurteilten drei Revolvergeschüsse auf den Beamten ab, die ihn auf der Stelle töteten. Die Verbrecher versuchten, zu entfliehen, wurden aber noch im Gangflur des Gebäudes festgenommen. Die Verurteilten, die 15 und 18 Jahre alt sind, geben sich als Brüder Reumann aus Essen aus.

Telegramme.

Amerikanisches Entgekommen an Japan?

Washington, 2. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Oberste Gerichtshof erklärte, daß das Gesetz des Staates Arizona gegen die Ausländer, gegen das mehrere Regierungen Einspruch erhoben haben, gegen die Verfassung verstoße. Dieser Schritt steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Beschluß des Gerichtshofes über das kalifornische Fremden-gesetz, gegen das Japan Einspruch erhob.

Der Kampf gegen den Alkohol in Rußland.

Kopenhagen, 3. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) „Berlingske Tidende“ berichtet aus Petersburg: Der Minister des Innern Gholstow hat eine Verordnung der Gesundheitsbehörde unterzeichnet, nach der es den Apotheken verboten ist, Alkoholpräparate ohne Rezept zu verkaufen. Ausgenommen ist nur der nicht trinkbare Alkohol. Man sucht gegenwärtig eifrig nach einer Methode der Denaturierung, die es unmöglich machen soll, Alkohol zu herausfindenden Getränken zu verwenden.

Neue englische Soldatenausrüstung.

London, 3. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die „Press Association“ meldet aus dem Hauptquartier: Eine gewisse Anzahl englischer Soldaten ist nach französischem Vorbild mit leichten Stahlhelmen zum Schutz gegen Schrapnell und Bombensplitter versehen worden.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Montag, 1. Nov., 7 Uhr: „Im bunten Rod“.
Dienstag, 2. Nov., 7 Uhr: Bruno Tierschmann-Abend: „Auf Solomos“.
Mittwoch, 3. Nov., 7 Uhr: „Herzschafflicher Diener geübt“.
Donnerstag, 4. Nov., 7 Uhr: „Der Schwabenkrieg“.
Freitag, 5. Nov., 7 Uhr: „Herzschafflicher Diener gesucht“.
Samstag, 6. Nov., 7 Uhr (neu einstudiert): „Maskerade“.
Sonntag, 7. Nov., halb 4 Uhr: „Im bunten Rod“. Halbe Preise.